

Landtagsrede

Horst Becker MdL

Kommunalpolitischer Sprecher

Rede in der Sitzung des Plenums am 07. März 2007:

Bundesweit einmalige Einschränkung der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen in NRW stoppen!

Es gilt das gesprochene Wort!

Meine Damen und Herren von der CDU und FDP,

die sich neu nennende Landesregierung sieht ganz schön alt aus! Es gibt es nicht nur erste Kratzer – es blättert der Lack!

Selbstwahrnehmung und Fremdwahrnehmung, unter diese Überschrift könnte man die Auftritte als selbsternannter Arbeiterführer und Schutzpatron der kleinen Leute in einen Zusammenhang, oder genauer in einen Widerspruch zur Realität setzen.

Draußen, liebe Kolleginnen und Kollegen, stehen mehr als 30.000 Menschen und protestieren gegen den selbsternannten Arbeiterführer und seine gelb-schwarze Landesregierung. Die größte Demonstration gegen eine Landesregierung nach nur 1,5 Jahren!

Sie protestieren, weil unter dem bröckelnden schwarzen Lack ein fieses gelb zum Vorschein kommt. Ein gelb, dass die CDU an vielen Stellen gegen die Vernunft stellt: Mal beim LPVG, mal den Versorgungsämtern, mal bei der GO NW.

Herr Ministerpräsident, meine Damen und Herren,

so manche von Ihnen sind in den letzten 1,5 Jahren aufgetreten und haben fröhlich erzählt, dass sich keiner aufregen solle, alle hätten doch gewusst wofür diese Koalition stünde. Ich bestreite dies, die Leute draußen zeigen das Gegenteil! Oder glauben Sie ernsthaft, das wären 30.000 Menschen, die Sie noch bei der letzten Wahl gewählt haben? Wundern Sie nicht darüber, dass Ihr Parteifreund Walter Reinartz aus Köln die Hauptrede hält, wundern Sie sich nicht über die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Landrätinnen und Landräte dermaßen protestieren.

Herr Ministerpräsident: Ich frage Sie, wie viele Menschen mehr müssen noch kommen, damit Sie begreifen, dass Ihre Pläne, dass die Pläne der FDP, zur Einschränkung der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunalunternehmen in NRW katastrophal falsch sind?

Reichen die 17-20.000 Menschen, die hier draußen versammelt sind oder ab welcher Zahl würden Sie sich bewegen, diesen maßgeblich von der FDP eingeforderten Skalp von

so einigen Stadtwerken,

vielen kommunalen Wohnungsunternehmen,

diversen kommunaler Verkehrsgesellschaft, denen in Zukunft die Quersubvention fehlt nicht zu servieren?

Was muss passieren, dass auch in Zukunft Kommunen aus der monopolistischen Struktur auf dem Abfallmarkt weiter die Konsequenzen ziehen dürfen und diesen Bereich mit eigenen Firmen zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger rekommunalisieren dürfen.

Was muss passieren, damit der vorgegaukelte Bestandschutz nicht der **"Tod auf Raten"** für viele existierende Unternehmen wird?

Wie viele Parteifreundinnen und Parteifreunde aus den Kommunen sollen noch gegen die eigene Landesregierung und Landtagsfraktion öffentlich Position zu beziehen, hier vor dem Landtag zu demonstrieren oder in den Räten Resolutionen gegen die Verschärfung des Paragraphen 107 verabschieden, wie dies in Wuppertal, in Krefeld, Neuss, Siegen, Köln, Ratingen, Gütersloh und Aachen der Fall ist, um nur einige zu nennen.

Wie weit wollen Sie von der früheren Kommunalpartei zugunsten der gelben Splittergruppe gehen im Konflikt mit den Kommunalen Spitzenverbänden, die einvernehmlich und unter Unterstützung einer illustren Reihe namhafter CDU-Bürgermeister diesen Anschlag auf die Zukunftsfähigkeit der kommunalen Unternehmen kritisieren und einen energischen Widerstand gegen diese Pläne angekündigt haben?

Wie lange wollen Sie der FDP und ihrer ideologischen Monstranz "Privat vor Staat" hinterher trotten?

Kann Sie vielleicht die Vereinigung der Industrie- und Handelskammern noch umstimmen, die ebenfalls die jetzt geplante Regelung für nicht sinnvoll hält? Oder die vielen örtlichen Handwerksbetriebe, die anders als ihr Dachverband in NRW sehr genau wissen, dass die kommunalen Unternehmen auch für sie wichtige Auftraggeber in der Region sind, die auch viele Arbeitsplätze des Handwerks sichern.

Meine Damen und Herren von der CDU, ich hoffe mit den Vielen da draußen, dass ihr Protest es vermag, Sie umzustimmen! Unterschätzen Sie nicht dieses breite Bündnis von kommunalen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, sie zeigen eindrucksvoll wie sehr die Unternehmen in Bürgerhand von den Bürgerinnen und Bürgern in NRW geschätzt werden und für wie wichtig sie gehalten werden.

Geben Sie sich einen Ruck und halten den gegen jeden Rat, gegen jedes gute Argument durchgedrückten Gesetzesvorschlag an!

Mit unserem Entschließungsantrag fordern wir Sie hier und heute dazu auf:

Hände weg vom §107 der GO NW, er hat sich bewährt,

es gibt keinen sachlichen Grund die wirtschaftliche Betätigung einzuschränken, noch dazu in dieser doppelten bundesweit einmaligen Weise.

Klar ist, die Kommunen in NRW brauchen funktionstüchtige Kommunalunternehmen, die im harten Wettbewerb mit den Oligopolen und Großunternehmen in den Bereichen Energie, Abfall, Wasser und Wohnen mithalten können. Sie dürfen nicht durch einseitige gesetzliche Einschränkungen daran gehindert werden, sich an neue Wettbewerbsbedingungen anzupassen und auch neue Dienstleistungsformen anzubieten.

Klar ist, die Bürgerinnen und Bürger in NRW brauchen diese funktionstüchtigen Kommunalunternehmen und sie wollen die öffentliche Daseinsvorsorge in Bürgerhand.

Die Gebühren für Strom, Wasser, Abfallentsorgung müssen bezahlbar bleiben, die Preise dürfen nicht von Monopolisten und Oligopolen diktieren werden,

Die Menschen wollen, dass weiterhin zu bezahlbaren Preisen Angebote des öffentlichen Nahverkehrs zur Verfügung stehen und dass sich ihre Kommunen weiterhin das Schwimmbad und die Bücherei leisten können.

Wenn uns die FDP glauben machen will, wie es Innenminister Wolff immer wieder tut, es handle sich nur um ein Zurückschneiden einiger Auswüchse der Kommunalwirtschaft und im Kerngeschäft bleibe alles beim Alten, so mag das als Beruhigungspille für die CDU Lokalpolitiker gedacht sein, aber diese Pille hat nicht lange gewirkt, wie wir hier draußen heute deutlich sehen können.

Wenn es tatsächlich darum ginge, die von der FDP so gerne bemühten Nagelstudios in öffentlicher Hand zu bereinigen, so hat es Innenminister Wolff mit der Kommunalaufsicht schon jetzt in der Hand, dagegen einzuschreiten,

aber nein, es geht darum das Mantra des "Privat vor Staat" um jeden Preis durchzusetzen und das, meine Damen und Herren, wird hoffentlich durch das breite Bündnis von öffentlichen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, dem breiten Widerstand aus der kommunalen Ebene und durch die vielen Bürgerinnen und Bürger verhindert, die ihre Stadtwerke, ihr Wohnungsunternehmen, ihren Verkehrsbetrieb gesichert sehen wollen. Wir Grünen in NRW werden unseren Teil zu diesem Widerstand beitragen.